



Band 5. Das Wilhelminische Kaiserreich und der Erste Weltkrieg, 1890-1918  
Zukunftsschatten?: Daniel Frymann [Heinrich Claß] (1912)

Heinrich Claß (1868-1953), der hier unter dem Pseudonym Daniel Frymann publiziert, stand an der Spitze des ultranationalistischen Alldeutschen Verbandes. Der in Mainz lebende Jurist und eingefleischte Antisemit Claß trat als Verfasser polemischer Texte auf, in denen er die Notwendigkeit einer deutschen Expansion in Übersee und in Europa verteidigte.

---

Alle Staaten um uns her in Europa, alle auf dieser Erdkugel, in denen der staatliche Lebensnerv, der Wille zur Macht noch nicht getötet ist, greifen um sich und erweitern ihr Einflußgebiet; es tun dies selbst Staaten, die innerlich so ungesund sind wie Frankreich und Rußland; es tun dies Staaten mit so unermeßlichem Besitz wie England und die nordamerikanische Union, endlich, es tut dies ein Staat, dessen Bevölkerung angefangen hat, zurückzugehen, wie Frankreich, wo also ganz gewiß ein Bedürfnis nach weiterem Kolonialboden nicht vorhanden ist. Alle greifen um sich, selbst das schwache Spanien wehrt sich seiner Haut und sucht in Marokko wiederzugewinnen, was es gegen die Vereinigten Staaten verloren hat – nur das Deutsche Reich ist „saturiert“ und beeilt sich, sobald irgendwo in einem für den Einfluß der Kulturstaaten in Betracht kommenden Lande ein Konflikt ausbricht, sein „politisches Desinteressement“ zu verkünden – wie es so schön heißt, und nur die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen zu verlangen.

*Wenn aber irgend ein Staat Anlaß hat, für die Vergrößerung seines Machtgebietes zu sorgen, so ist es das Deutsche Reich, denn seine Volkszahl vermehrt sich rasch, seine Industrie braucht neue Absatzgebiete, seine Gesamtwirtschaft den Boden zur Erzeugung tropischer und halbtropischer Produkte aller Art, deren Beschaffung uns heute in unerträgliche Abhängigkeit von anderen gebracht hat, wobei nur auf Baumwolle verwiesen sei. [ . . . ]*

Man muß doch ins Auge fassen, daß die Zwecke überseeischen Landerwerbs mannigfach sind, je nach den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen, denen sie dienen sollen: industrielle Absatzgebiete und Boden für industrielle Rohstoffe brauchen wir, und zwar schon *jetzt* und *unter allen Umständen* – daneben aber auch Land zur Ansiedlung Deutscher, für die *dereinst* das Vaterland wegen Übervölkerung keinen Raum mehr hat. Dieses Land aber muß schon *heute* erworben, aufgeschlossen und gesichert sein, wenn es auch erst in zwanzig oder dreißig Jahren größeren Zuzug bekommen wird, denn man kann nicht von heute auf morgen eine Kolonie zur Aufnahme größerer Einwandererscharen herrichten und bis zu dem Zeitpunkt, wo sie hierfür gebraucht wird, kann und wird sie den andern Zwecken bereits dienen. [ . . . ]

Man kann also sagen, in unserer öffentlichen Meinung hat seit Bismarcks Abgang eine vollständige Wandlung sich vollzogen; das Wort von der deutschen Saturiertheit gilt nicht mehr; *Entwicklung und Bedürfnis zeigen, daß wir wieder hungrig geworden sind, hungrig nach Land,*

und damit sind der deutschen Staatskunst Aufgaben gestellt, die über Bismarck hinausgehen. [ . . . ]

Besitz und Bildung fühlen sich politisch entrechtet, durch die Entscheidung der Massen mundtot gemacht. Die Unternehmer, die nach der Entwicklung der letzten Jahrzehnte doch zu den Pfeilern unserer nationalen Wirtschaft geworden sind, sehen sich der Willkür der sozialistisch verhetzten Arbeiterschaft ausgesetzt – jeder staatliche Schutz wird versagt.

Der circulus vitiosus der Lohnerhöhungen und Preissteigerungen trägt Unbehagen in jedes Haus.

Der sozialistischen Presse und den Parteiorganisatoren hat man über zwanzig Jahre unbeschränkte Gelegenheit gewährt, ihre zersetzende, verhetzende Tätigkeit auszuüben, und die urteilslosen Massen dem eigenen Volke und Staate abzukehren.

Die Liberalen aller Schattierungen, abgesehen vom rechten Flügel der Nationalliberalen, betreiben unter der Führung des Hansabundes die selbstmörderische Steuerhetze und den Kampf gegen das Phantom des schwarzblauen Blocks; ihre Presse, ihre Agitatoren arbeiten der Sozialdemokratie gewissenlos in die Hände. [ . . . ]

Großkapital, Großindustrie, Großhandel gefährden den Mittelstand aufs schwerste, und es ist begreiflich, daß Existenzen, die trotz allen Fleißes, aller Sparsamkeit in diesem Kampfe nicht voran kommen oder gar unterliegen, dem Staate gram werden, der zugesehen hat, wie die größere Kapitalmacht sie erwürgt. Das einst als Inbegriff volkswirtschaftlicher Weisheit verehrte „freie Spiel der Kräfte“ hat seine zwei Seiten, und die schlimme Seite trägt ihr Teil der Schuld daran, daß heute die ehemals treuesten und zuverlässigsten Schichten der Bevölkerung unzufrieden sind. [ . . . ]

Hier nun muß der verhängnisvollen Rolle gedacht werden, die in unserem Volksleben das *Judentum* spielt, seitdem ihm das Geschenk der Emanzipation in den Schoß geworfen wurde, das durch keinerlei Leistungen verdient war, sondern aus der Stimmung an sich schöner Menschlichkeit, aus der Idee der Gleichheit der Menschen heraus gewährt wurde.

Nun sind Deutscher und Jude ihrem innersten Wesen nach wie Feuer und Wasser; solange unser Volksleben moralisch gesund war, gab es nichts Verschiedeneres als die deutsche und die jüdische Lebensauffassung. Der Deutsche steht über dem Besitz, bleibt ihm gegenüber innerlich frei und beweist seine Freiheit, indem er sich ausleben will ohne Rücksicht auf den wirtschaftlichen Erfolg. Ehre, Unabhängigkeit, Eigenwilligkeit sind die Triebfedern seines Handelns, das oft unzweckmäßig sein mag, aber jedenfalls eine Gedankenrichtung beweist, die nicht allein „von dieser Welt“ ist; der Jude aber stellt sein Leben unter die Zweckmäßigkeit und Nützlichkeit; der Erwerb, der Besitz sind ihm alles; ihnen gegenüber ist er unfrei; ihnen ordnet er seine ganze Persönlichkeit unter. Kein Wunder, daß Menschen mit solchen Eigenschaften, wenn ihnen einmal gleiches Recht verliehen ist, im Wirtschaftsleben anders ausgerüstet dastehen als die Deutschen, haben sie doch selbst bei ungleichem Rechte verstanden, die Deutschen auszubeuten und Reichtümer anzusammeln. [ . . . ]

*Die Träger und Lehrer des heute herrschenden Materialismus sind die Juden; seine deutschgeborenen Anhänger sind den angeborenen Instinkten entfremdete Verführte.* [ . . . ]

*Gibt es eigentlich etwas Tragischeres, als die Rolle der heutigen Regierenden? Zwischen ihnen und dem Volke steht ein Mittler – der Jude – und er läßt nur durch, was ihm gefällt.*

[ . . . ]

Das A und O der Maßregeln gegen die jüdische Zersetzung lautet aber: *Die Rasse ist der Quell der Gefahren* – Die Religion spielt keine andere Rolle, als daß sie ein Ausfluß der Rasse ist.

Der Hof, die auf ihn blickende Regierung, die gouvernementalen Bestandteile der Konservativen sind mit dem Judentum ein Herz und eine Seele – mit der Blindheit geschlagen, die den Todfeind nicht erkennt. [ . . . ]

Wenn man den Dingen auf den Grund geht, wird man sagen müssen, daß in dem Augenblicke, *wo das Sozialistengesetz nicht wieder erneuert wurde, die Axt an die Wurzel des allgemeinen gleichen Wahlrechts gelegt wurde.* Denn dies demokratischste Wahlrecht ist politisch nur möglich, *wenn die Gesamtheit der Wähler erfüllt ist von der gleichen National- und Staatsgesinnung, wenn alle einig sind über die Grundlagen des staatlichen Lebens wie Volkstum, Monarchie, Eigentum, und wenn die Auffassungen nur auseinandergehen in Fragen der Abstufung des Maßes der Rechtsverteilung zwischen der Gesamtheit (dem Staate) und dem einzelnen, sowie in Fragen der staatlichen Zweckmäßigkeiten. Sobald eine stärkere Wählergruppe die Grundlagen des staatlichen und nationalen Lebens verwirft, ist das allgemeine Wahlrecht in Frage gestellt, und es wird unmöglich, wo Wählermassen dasselbe tun.* [ . . . ]

Wer zu der Sozialistengefahr für das Reich die richtige Stellung gewinnen will, muß sich darüber klar sein, daß die Massenvergiftung deutscher Wähler ohne die Mitwirkung des Judentums gar nicht möglich gewesen wäre, daß die wahren Führer Juden sind, daß auch diejenigen, auf denen die Hoffnung der Mauserung ruht, diesem Volke angehören; die „deutschen“ Sozialdemokraten machen wie die österreichischen unter jüdischer Führung Ernst mit ihrem Internationalismus, während z. B. die französischen, italienischen, tschechischen gar nicht daran denken, dies zu tun. [ . . . ]

Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist immer eine Unwahrheit gewesen, da es eine Gleichheit der Menschen voraussetzt, die sich niemals verwirklichen lassen wird. Es ist unmoralisch, indem es dem Würdigen, Fähigen, Reifen genau so behandelt, wie den Unwürdigen, Unfähigen, Unreifen. Es ist endlich ungerecht, indem es tatsächlich durch die Gewalt der Massen, die Massenstimmzahl, die Gebildeten und Besitzenden entrechtet. Es war nur so lange erträglich, als die nationale und staatliche Gesinnung auch der Nichtbesitzenden und Ungebildeten die in ihm ruhenden Gegensätze ausglich; bis dahin konnte man sagen, die Vaterlandsliebe hielt die Gefahren im Zaume; mit dem Massenabfall vom Vaterlande ist das ausgleichende Moment beseitigt, und *das allgemeine gleiche Wahlrecht wirkt unverhüllt zerstörend gegen den Staat, entrechtend gegenüber allen, die ihn verteidigen wollen.* [ . . . ]

So groß nun die Bedenken nach dieser Richtung gegen die Riesenbetriebe sind, es handelt sich doch dabei um wirklich organisch Gewordenes, das man nicht spalten, nicht zurückschrauben kann. Nehmen wir einen Betrieb wie Krupp, die großen Werften von Blohm & Voß, Schichau u. a. – wie will man sich da eine Zerlegung denken? Solche lebendige Organismen mit eigenem großartigem Leben sind etwas anderes als Latifundien, die sich im Notfalle in kleinere landwirtschaftliche Betriebe zerlegen lassen. Sie dienen der Volksgesamtheit, sie sind, nachdem sie einmal entstehen konnten, unentbehrlich. Derartig organisch Gewordenes trägt seine Daseinsrechtfertigung in sich; man rühre deshalb nicht daran. [ . . . ]

Es ist ein dringendes Bedürfnis unseres öffentlichen Lebens, daß die Industriekapitäne mit ihren Erfahrungen zur Teilnahme gewonnen werden; möglich, daß die Reform des Wahlrechts und die dadurch herbeigeführte Hebung des parlamentarischen Niveaus diesen Führern unseres Wirtschaftslebens die Mitwirkung wieder erwünschter erscheinen läßt.

[ . . . ]

Ganz anders, als mit den selbst Werte schaffenden Großbetrieben liegt die Sache mit den *Großbanken*; hier liegt kein öffentliches Interesse vor, um diese gewaltigen Kapitalmassen in einer Hand zu lassen, auch nicht das der Geldbeschaffung im Kriegsfall. *Mir scheint es richtig, eine Begrenzung des Kapitals der großen Banken herbeizuführen und ein Verbot der Kapitalvergrößerung zu erlassen.* [ . . . ] Ich halte die völlige Unterdrückung der Warenhäuser für nötig und glaube, daß sie durchführbar ist. [ . . . ]

*So wie bisher, kann und darf es mit dem Gewährenlassen der Sozialdemokratie gegenüber nicht weitergehen – darüber sind alle ernsten Patrioten einig.* [ . . . ]

Aber was soll man tun?

*Man greife zurück auf den Entwurf des Sozialistengesetzes, den Bismarck im Jahre 1878 dem Reichstag vorgelegt hat und lasse ihn Gesetz werden ohne die Verwässerungen, die damals vom Parlament beliebt wurden.* [ . . . ]

Eine Mauserung der Sozialdemokratie unter jüdischer Führung ist ausgeschlossen, auch eine langsame Abwendung vom Internationalismus. Es heißt deshalb, der Masse die Gelegenheit zur Umkehr oder zum Haltmachen dadurch zu bereiten, daß man sie von der jetzigen Führerschaft befreit. indem alle Reichstags- und Landtagsabgeordneten, alle Parteibeamten, alle Herausgeber, Verleger, Redakteure sozialistischer Zeitungen und Zeitschriften, alle sozialistischen Gewerkschaftsführer – *kurz alle im Dienste der sozialistischen Propaganda Stehenden aus dem Deutschen Reiche ausgewiesen werden*; dasselbe gilt natürlich auch für alle Anarchisten.

Man wird nicht sentimental sein dürfen, wo die Befreiung des Volkes von den Treibern in die Verwilderung verlangt wird. [ . . . ]

Aber wenn man den Kampf aufnehmen will, muß man sich darüber klar sein; *keine Halbheit, keine Schwäche, keine Sentimentalität* – ganze Arbeit mit festem, hartem Willen. [ . . . ]

So hart es der deutschen Gerechtigkeit wird: *wir müssen die Rechte der ansässigen Judenschaft allgemein beschränken*, so leid es jedem einzelnen von uns tun wird, wenn der Gute neben dem Schlechten getroffen wird; in solchem Falle darf man nur auf die Notwendigkeit sehen und muß sein Herz dem Mitleid verschließen; jedes Zugeständnis an unverdient Leidende würde die Ringe der Rüstung lösen, die wir uns schaffen müssen. [ . . . ]

Die Losung lautet: *entschlossene Kampfpolitik gegen die Polen durch die Anwendung der Enteignung und die Einführung des Parzellierungsverbots*, wobei der vom Auswärtigen Amte geübte Einfluß mit Rücksicht auf die Machtstellung der galizischen Polen in Österreich ausgeschaltet werden muß. [ . . . ] Eines aber sollte zum Gemeingut der öffentlichen Meinung unseres Vaterlandes werden, wie kläglich die Auffassung ist, die unsere Wehrmacht zu Lande und zu Wasser nur als Verteidigungsmittel gegen feindliche Angriffe ansieht. Das heißt sie des besten Teiles ihres Wertes berauben, drückt sie herab zu Werkzeugen philiströser Politik. Oben

habe ich die Ansicht bekämpft, daß wir „saturiert“ seien – stellt die öffentliche Meinung sich dazu in gleicher Weise, so wird sie auch unzweideutig aussprechen: *Heer und Flotte sind auch Waffen des Angriffs, wenn die Sicherung unseres Daseins es verlangt.* [ . . . ]

Nach dem, was oben über die Unrichtigkeit des Schlagworts von der „Saturiertheit“ des Deutschen Reiches gesagt worden ist, wird es nicht überraschen, wenn hier unzweideutig ausgesprochen wird, daß der Teil der Erdoberfläche, der heute unter deutscher Herrschaft steht, dem Bedürfnis des deutschen Volkes nicht genügt. Ob dies den anderen Staaten leid oder lieb ist, muß uns kalt lassen; sie mögen es wissen und beizeiten ihre Entscheidung treffen, ob sie vorziehen, uns im guten oder im bösen das zu verschaffen, was wir brauchen: *Land.* [ . . . ]

Wie die Gebildeten in unserem Volke, die Leute mit etwas politischem Blicke, allmählich erkannt haben, daß die Politik der Saturiertheit unserer wirklichen Lage nicht mehr entspricht, so ist es geboten, daß alle am öffentlichen Leben Interessierten umdenken lernen und verlangen, *daß wir tätige äußere Politik treiben, sagen wir ruhig aggressive.* [ . . . ]

Jede Ausdehnung in Europa ist von vornherein nur durch siegreiche Kriege herbeizuführen, da weder Frankreich noch Rußland so menschenfreundlich sein werden, uns Teile ihres Gebietes abzutreten; haben wir nun gesiegt und erzwingen wir Landabtretungen, so erhalten wir Gebiete, in denen Menschen wohnen, Franzosen oder Russen, also Menschen, die uns feind sind, und man wird sich fragen, ob solch ein Landzuwachs unsere Lage verbessert. [ . . . ]

Aber wenn man gerade der besonderen Lage des deutschen Volkes ganz auf den Grund geht, das in Europa eingeschnürt ist und unter Umständen bei weiterem starkem Wachstum ersticken würde, wenn es sich nicht Luft macht, so wird man anerkennen müssen, daß der Fall eintreten kann, wo es vom besiegten Gegner im Westen oder Osten menschenleeres Land verlangen muß – es sei denn, wir hätten besiedlungsfähige Kolonien über See oder wir wären entschlossen, wieder eine Auswanderung Deutscher im fremde Staaten zuzulassen. [ . . . ]

Also, es bleibt dabei, daß die Ausdehnung in Europa nach Osten und Westen nur im alleräußersten Notfalle in Betracht kommt; aber es bleibt zu erwägen, ob nicht der Südosten Raum für uns bietet, die von den sog. „subgermanischen“ Slawenstämmen aller Art bewohnten Teile Österreich-Ungarns und des Balkans. Unser Verhältnis zu diesem Lande wird nachher erörtert werden, aber hier sei ausgesprochen, *daß eine großartige Besiedlung des Südostens eine durchaus gesunde Lösung darstellen wird – unter zwei Voraussetzungen, daß ein Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gefunden wird, das in der Form eines ewigen Bundes eine vollständige und dauernde Solidarität der Interessen beider Staaten schafft, und außerdem, daß das Habsburger-Reich sich eine innere Staatsform gegeben hat, die die kulturelle und politische Führung der Deutschen in ihm für alle Zeiten sicherstellt, und zwar diesseits und jenseits der Leitha.*

Quelle: Daniel Frymann [Heinrich Claß], *Wenn ich der Kaiser wär: Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten.* Leipzig, 1912, S. 5ff.

Auch abgedruckt in Willibald Gutsche, *Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917.* Berlin (Ost): Akademie Verlag, 1977, S. 154-59.